



Protestierende Studenten

Der Föderalismus wird von der Politik nirgendwo so konsequent umgesetzt wie bei der Bildung. Vorige Woche beleuchtete der SPIEGEL die Folgen der Kleinstaaterei für Lehrer, Schüler und Eltern. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Universitäten, in denen nach Einführung der Bachelor-Studiengänge alles einheitlicher werden sollte. Erste Hochschulen gehen jedoch bereits Sonderwege.

BILDUNG

Siemens statt Humboldt

Wie Inkompetenz, Finanznot und Verantwortungslosigkeit das Universitätsstudium ruinieren. Von Thomas Darnstädt



Ingenieurstudenten in einem Massenhörsaal an

Montag: Aufstehen um 6.30 Uhr, 8 Uhr Experimentalphysikvorlesung. 90 Minuten Stoff. Der Professor spricht mit der Tafel oder liest seine Folien vor.

Um 10 Uhr in die Bibliothek zum Lernen: Zu jeder Vorlesung werden jede Woche Übungsblätter verteilt, pro Übungsblatt zehn Stunden Arbeit.

13 Uhr: Leberkäsensammel beim Metzger Vinzenz Murr.

13.30 Uhr: Wieder Übungsblatt in der Bibliothek bis abends 8 Uhr.

Wenn die Fakultät schließt, Umzug mit sämt Übungsblättern in die Staatsbibliothek, die hat bis Mitternacht geöffnet.

70 Stunden in der Woche, so rechnet Robert Lohmeyer, Physikstudent an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, müsse er schon investieren: Jedes Übungsblatt wird eingesammelt und überprüft, jede Vorlesung endet mit einer Klausur zu Semesterende, manche Professoren verlangen sogar zwei.

Wer nicht besteht, muss das im nächsten Semester nachholen. „Das geht aber nicht“, sagt Robert, 20, denn im nächsten Semester sei gar keine Zeit für so etwas.

Robert hat sich sein Studium anders vorgestellt. „Physik war für mich die aufregende Herausforderung, etwas ganz, ganz Schwieriges zu lernen.“ Mit Physik kann man die Welt erklären, es geht um die Stringtheorie, um das große ungelöste Problem der Vereinheitlichung von Quantenfeldtheorie und Allgemeiner Relativitätstheorie: Es wäre so etwas wie eine Weltformel.

Ach was, Weltformel.

„Es gibt so wenig Spielraum“, sagt Zweitsemester Robert, „das macht hier alles keinen Spaß.“ Nun versucht er tapfer, trotzdem ein guter Student zu sein: „Ich habe ja keine Alternative.“

Die neue Turbo-Bildung ist ohne Ausweg: das Bachelor-Studium. Sechs Semester Schmalspur-Wissenschaft sollen nach dem Willen der bundesdeutschen Kultusminister den Geist der humboldtschen Universität ersetzen, um den Deutschland weltweit beneidet wurde.

Kein Geist, nirgendwo: Generationen verunsicherter Nichts-richtig-Könnern stehen der „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) ins Haus. Ohne einen Master-Abschluss, der längst nicht allen

offensteht, studieren Studenten wie Robert Lohmeyer ins Leere. Schon jetzt distanzieren sich Wirtschaftsführer von der konzeptionslosen und unterfinanzierten Bildungsreform – dem größten anzunehmenden Unglück des deutschen Bildungsföderalismus.

29 europäische Staaten hatten in Bologna 1999 beschlossen, die Universitätsausbildung dem globalen Wissen zu öffnen, den grenzüberschreitenden Austausch von Forschung und Lehre und Lernen und Denken und Geist mit einer internationalen Reform zu beflügeln. Doch dann kam der „Bologna-Prozess“ in die Hände deutscher Kultusminister.

Ohne dass das Ziel des Reformplans auch nur erkennbar war, beschloss die Kultusministerkonferenz in vorauseilendem Gehorsam, was die Bologna-Erklärung von 1999 so strikt gar nicht vorgesehen hatte: Die Verpflichtung der Länder, „flächendeckend“ bis 2010 den europäischen Standard bis zum letzten Credit Point an ihren Universitäten umzusetzen – in einem Schmalspur-Studium von drei Jahren, eine „traurige Mogelpackung“, so der Deutsche Hochschulverband. „Ver-



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF (L.); MARTINA HENGESBACH / JOKER / ULLSTEIN BILD (R.)

der Ruhr-Universität Bochum: „Es gibt so wenig Spielraum, das macht hier alles keinen Spaß“

murkst“, so der Hochschulexperte der Grünen im Bundestag Kai Gehring, wurden vielerorts die Studiengänge, „verschult, verdichtet, überstrukturiert“.

Deutsche Universitäten, weltweit anerkannt in der Tradition Wilhelm von Humboldts, sehen sich am Rand der Funktionsfähigkeit: Hektisch werden nun in den meisten Bundesländern die Studiengänge erneut reformiert, um die „Studierbarkeit“ wiederherzustellen.

War nicht München einmal die Hochburg von Geist und Expertise? Die beiden großen Universitäten der Stadt belegten Spitzenplätze in den Rankings. Nun hat die Technische Universität, Gewinner im Exzellenz-Wettbewerb, eigenmächtig die seit Bologna abgeschafften Diplom-Titel beibehalten – aus Sorge um den Ruf der deutschen Ingenieurwissenschaft.

Diese Sorge wird vielerorts geteilt. In fast allen Ländern arbeiten die Kultusbürokraten daran, ihre Universitäten vor Schaden zu bewahren. In Stuttgart kündigte Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) an, er möchte das Bachelor-Studium um ein Jahr verlängern; dafür könnte, damit es schnell geht, das

anschließende Master-Studium auf ein Jahr verkürzt werden. Dass damit der wissenschaftliche Teil der Studiengänge erheblich beschädigt würde, ficht nicht alle an. Schließlich, so Frankenberg, seien die Master-Studiengänge ohnehin nicht für alle Studenten vorgesehen. Das entspreche, sagt der Minister, der Logik der Bologna-Studiengänge.

Da ist es wieder, das schon bekannte Problem der deutschen Bildungs-Kleinstatelei: Niemand kann etwas dafür. Kein Geist, nirgends.

„Was qualifiziert Sie eigentlich für die Hochschulpolitik?“, fragte die „Frankfurter Rundschau“ die 2008 in Hessen ins Amt gekommene CDU-Wissenschaftsministerin Silke Lautenschläger. Die Ex-Rechtsanwältin antwortete: „Für mich ist es ein spannender neuer Bereich. Ich bin sehr neugierig und finde es schön, neue Aufgabengebiete kennenzulernen.“

So reden sie fast alle, denen die Nation das Wichtigste anvertraut, das sie hat: ihre Ressourcen an klugen Köpfen. Was Wunder, dass die Wissenschaftsminister von den Hochschulprofessoren in der Regel nicht ernst genommen werden. Die

Bologna-Reform, weiß der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Erich Thies, ist „außer Kontrolle“ geraten, weil „viele Hochschullehrer ihre Steckenpferde durchgesetzt haben“.

Robert Lohmeyers Dienstag: Mathe-Vorlesung von 10 bis 12 Uhr. Dann Tutorium „Rechenmethoden“, Besprechung der Übungsblätter wie in der Schule. 20 Leute, eine Tutorin, man darf fragen. Bis 16 Uhr Übung „Mathe für Physiker“, das Übungsblatt wird vom Professor erklärt.

Danach: Leberkäsemmel. Alles schwirrt im Kopf. Heute keine Bibliothek.

Die Arbeitsbelastung der jungen Studenten, spöttelt Julian Nida-Rümelin, Münchner Philosophieprofessor und ehemals Gerhard Schröders Kulturstatsminister, sei „ein Fall für den Menschenrechtsgerichtshof“.

Zu viel, zu schnell: „Teilweise höhere Abbruchquoten“ als vor der Bologna-Reform meldete der Bildungsbericht 2008, „Orientierungsprobleme“, „Entscheidungsunsicherheiten“, „Informationsdefizite“ haben Humboldts Universitäten zu Tollhäusern gemacht, schon jetzt sei das Image der Bachelor-Abschlüsse notleidend: Die

Berufschancen bei den Geistes- und Sozialwissenschaftlern seien nun noch schlechter geworden.

Zu viel, zu schnell: Wie schon bei der übereilten Einführung des achtjährigen Gymnasiums haben sich die Kultusminister auch bei der Bologna-Reform der Universitäten dem Zeitgeist der Beschleunigung an den Hals geworfen, ohne Konzept und vernünftiges Ziel.

Aber mit System. Am Beispiel Physik skizziert der Bamberger Bildungssoziologe Richard Münch, wie die klassische deutsche Bildung der Menschen durch die „Produktion von Humankapital“ abgelöst wurde: Die im Auftrag der OECD strukturierten Pisa-Standards seien für den naturwissenschaftlichen Unterricht an den Schulen so gemacht, dass die jungen Leute auf das Physikstudium hin strukturiert werden. Dieses Physikstudium aber werde nun mit dem Ziel der „employability“ rein praxisbezogen ausgerichtet.

Nicht mehr Humboldt, Siemens setzt die Maßstäbe. Das Bildungssystem ist in die Pflicht genommen, den Ausstoß von Ingenieuren zu vergrößern: eine Aufgabe, die früher überwiegend abseits der klassischen Universitäten von den Fachhochschulen erledigt wurde.

Schneller und effektiver lernen: Dieser Zeitgeist ist tatsächlich eher bei Unternehmensberatern wie McKinsey denn in deutschen Wissenschaftsministerien entstanden. „Die Wirtschaft hat das mit dem schneller Lernen doch hauptsächlich vom Zaun gebrochen“, klagt im Münchner Kultusministerium der Amtschef Josef Erhard. Und in der Tat stehen junge Deutsche der Nation als Geldverdiener und Steuerzahler im internationalen Vergleich relativ spät zur Verfügung.

Der ehemalige McKinsey-Deutschland-Chef Jürgen Kluge tritt schon lange in Büchern und Aufsätzen gegen den vermufften deutschen Föderalismus an. Unternehmensberater erschrecken nicht so sehr vor den Lese- und Rechenschwächen der abgebrochenen Hauptschüler als vor dem Mangel an guten Ingenieuren und jungen Naturwissenschaftlern.

„Allein in China werden jährlich rund 600 000 Ingenieure ausgebildet – mehr als alle Ingenieure, die in Deutschland in den letzten zehn Jahren die Hochschulen verlassen haben“ warnt der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach. Wenn nicht umgehend mehr Physiker ausgebildet werden, so fürchten Wirtschaftsexperten, verliert die Bildungsrepublik den Anschluss an den Weltstandard der IT-Wirtschaft.

„Ich will aber nicht in die Wirtschaft“, sagt Paula.

Paula Reichert, 23, studiert auch Physik an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, und zwar Hardcore, das Theoretische, das Schwierigste, nicht wie an der TU, nebenan, die sind ihr zu praxisbezogen. Kann man denn nicht Theo-



Chinesische Uni-Absolventen in Wuhan, deutscher Student im Physiklabor an der TU Chemnitz:

retische Physik studieren, einfach weil es spannend ist, eine „Herausforderung“?

Die Weltformel? Am Wissenschaftsstandort München wird Paula sie nicht finden. Nicht mal die einfachsten Zahlen bekommen die mit ihrem Bologna-Studium auf die Reihe. „Keiner kann mir erklären, warum man für das Modul ‚Theorie 1 Mechanik‘ an dieser Uni 9 Credit Points bekommt, für das gleiche Modul an der TU da drüben nur 8. Ich glaube, dieses ganze System hat keinen Sinn.“

Die Wirtschaft, der die Reform dienen soll, kann damit jedenfalls wenig anfangen. „Zu eindimensional“ findet Burkhard Schwenker, der Chef der Unternehmensberatung Roland Berger, „die neuen, verschulten Studiengänge“. Wichtig wäre nach Ansicht des Experten „ein breites, interdisziplinäres Angebot in bester humanistischer Tradition“, Humboldt eben.

Die europäische Universitätsreform gebe vor, sich an den US-Elite-Unis zu orientieren. Doch dort, weiß Nida-Rümelin, der in den USA lehrte, gilt Humboldt noch etwas: „Die Bachelor-Studiengänge in den USA sind länger – und sie sind konsequent bildungsorientiert, nicht ausbildungsorientiert.“

Das System ist dagegen, dass Physikstudenten in München zu tief graben. Das Studium der Philosophie, nicht nur nach Nida-Rümelins Ansicht unverzichtbar, die Grenzfragen der Naturwissenschaft zu verstehen, hält für die Bachelor-Ausbildung zu sehr auf. Der Physikstudent, der an der Ludwig-Maximilians-Uni im digitalen Uni-System Philosophievorlesungen belegen will, wird wieder ausgespuckt: Error. Geht nicht.

Paula Reichert wäre keine gute Physikerin, wenn sie sich von plumper Elektro-

nik etwas vormachen ließe: „Die Interpretation von Formeln ist eine Frage der Philosophie“, folglich hat sie das System ausgetrickst und studiert nun heimlich doch die Wissenschaft der großen Fragen.

Jetzt macht die Studentin ihren Bachelor-Abschluss – und hat das Gefühl, dass das Kurzstudium kaum mehr bringe als das alte Diplom-Studium bis zum Ende des Grundstudiums: „Eine Einführung in die Grundlagen – das war’s.“

Zu viel, zu schnell. „In sechs Semestern“, sagt die Grünen-Politikerin Krista Sager, „kann nun mal nicht der gleiche Stoff bewältigt werden wie in acht bis zehn.“

Verantwortlich? Keiner.

Verantwortung lag in den Händen der Arbeitsgruppe „Fortführung des Bologna-Prozesses“ unter Beteiligung des Bundesforschungsministeriums, der Kultusministerkonferenz, der Hochschulrektorenkonferenz, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Studierendenschaften und des Akkreditierungsrats. Die allerdings trug die Verantwortung auch nicht allein, weil sie die Überwachung der neuen Studiengänge in Deutschland abzustimmen hatte mit den europäischen Beratungs- und Koordinierungsnetzwerken, die unter Abkürzungen wie ENQA und ECA ein machtvolles Schattendasein führen.

Was die europäischen Gremienmühlen ausspucken, wird nirgendwo so perfekt zermahlen wie im System der deutschen Kultusministerkonferenz. Vernichtend das Urteil des Kölner Politologen Fritz Scharpf: „Die horizontale Selbstkoordination der Länder durch Institutionen wie die Kultusministerkonferenz“ sei „die rigideste und innovationsfeindlichste Form der Problembearbeitung im deutschen politischen System“.



Die Bildungsrepublik Deutschland verliert den Anschluss an den Weltstandard

Mit welcher Akribie jede politische Bildungsinitiative ruiniert wird, zeigt ein Blick in das Innenleben der KMK-Entscheidungsmaschinerie. Da ging es in der internen Beratungsunterlage RS Nr. 402/2005 um das Thema der Begabtenförderung an den Unis. Immerhin gab es unter diesem Aktenzeichen einen kernigen Beschluss: „Die Kultusministerkonferenz nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass die Finanzministerkonferenz mit Befremden zur Kenntnis genommen hat, dass die Kultusministerinnen und Kultusminister die Spitzenförderung von Studierenden für notwendig erachten.“ Was Wunder, dass nach jahrelangen Debatten um öffentliche Stipendien für Begabte das Projekt vorige Woche im Bundesrat vorläufig zerredet wurde.

Hilflos stehen die Landesminister vor der von ihnen hartnäckig beanspruchten Aufgabe, die deutsche Bildung zu retten. Andere Mächte sind stets stärker, der Geist von McKinsey, die Logik des europäischen Prozesses, die Wucht des von der Weltwirtschaftsorganisation OECD ausgelösten Pisa-Schocks, die wissenschaftlichen Autoritäten der Bildungsforschung, die der Nation Humboldts eine „empirische Wende“ verschrieben haben.

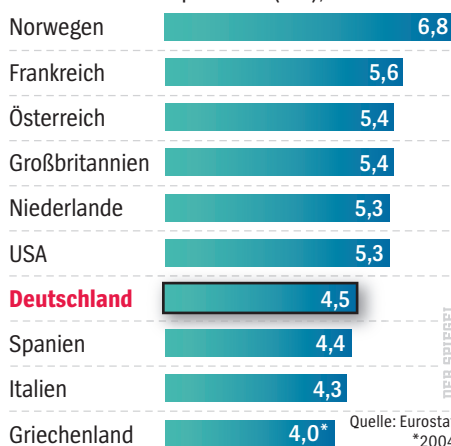
Die systematische Unterlegenheit der Länderpolitik beruht nicht in allen Fällen auf Inkompetenz, stets aber auf dem Mangel an Geld. Die gesamte deutsche Bildungspolitik ist unterfinanziert – weil sie in der Hand der Länder liegt. Der deutsche Föderalismus ist schon deshalb eine Fehlkonstruktion, weil die Bundesländer sich zwar als eigene Staaten mit eigener Hoheitsgewalt aufführen dürfen – ihnen aber die entscheidende, die Finanzhoheit fehlt.

Zwar dürfen die 16 Föderalstaaten das Geld weitgehend selbständig ausgeben, aber bei den Einnahmen sind sie vom Bund abhängig, der die ergiebigen Steuern erhebt. Für die Kassenwarte in der Hauptstadt ist die Bildung kein wesentlicher Rechnungsposten, denn fürs Bildungsbudget ist in Berlin ja niemand verantwortlich, von Forschungsgeldern mal abgesehen.

Nida-Rümelin, der mal in Berlin mitzureden hatte, rechnet: „Eine Weltspitzen-Universität wie Yale kostet im Jahr 2 Milliarden. Der Bund zahlt im Jahr 80 Milliarden Zuschüsse für die Rentenversicherung – das wären 40 Spitzen-Unis.“ Niemand würde verlangen, dass das Geld für die Rentenversicherung besser für Universitäten ausgegeben werden soll. Allein: Es fehlt in der Bildungsrepublik

Sparsamer Staat

Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), 2007



Deutschland die Instanz, die beides miteinander gleichberechtigt abwägt.

Wie viel aus dem gemeinsamen Steuertopf die Länder abbekommen, richtet sich nicht nach ihren Aufwendungen für Schulen und Universitäten, sondern nach einem komplizierten Aushandlungsprozess, in dem politische Paketlösungen und Kompromisse wichtiger sind als Überlegungen der Bildungsreform.

Die ganze Hilflosigkeit der Länderpolitik wird aus einer Rechnung der Mainzer Kultusministerin Doris Ahnen (SPD) deutlich: „Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes bringt uns als Land im Schnitt 125 Millionen Euro Mindereinnahmen pro Jahr. Das sind 2000 Lehrerstellen.“ Nur mit eigenem Finanzaufkommen, so die Erkenntnis des noch amtierenden Düsseldorfer Wissenschaftsministers Andreas Pinkwart (FDP), „können wir Schwerpunkte in der Bildung setzen“.

Dennoch wurde bei der Föderalismusreform 2006 – auf Wunsch der Mehrheit der Ministerpräsidenten – das Finanzierungssystem zu Lasten der Schulen und Universitäten noch enger: Im Rahmen umfassender Verfassungsänderungen verlor der Bund nicht nur die Rahmengesetzgebungskompetenz für die Hochschulen, die Länder mussten im Gegenzug dem Bund auch die bis dahin bestehende Mitverantwortung für die Finanzierung abnehmen. Nun konnten die Länder mit ihren Unis machen, was sie wollten – mussten es aber auch bezahlen.

Ein Sieg für den Föderalismus? Natürlich ist keines der 16 Länder in der Lage, Spitzen-Unis selbst zu finanzieren. Hochverschuldet und noch dazu unter dem neu in das Grundgesetz aufgenommenem Verbot, weitere Schulden aufzunehmen („Schuldenbremse“), schaffen es zumindest die ärmeren Länder schon lange nicht mehr, allein die bestehenden Hochschulen in Schuss zu halten.

Viele Universitäten können den Lehrbetrieb nur noch aufrechterhalten, weil sie die Unterrichtung von Studenten per Lehrauftrag an mehr oder weniger qualifizierte Billigkräfte vergeben, die für ein paar Euro im Semester die Verantwortung für den Anschluss der Industrienation Deutschland übernehmen. Andere, wie vergangene Woche die Uni Lübeck, müssen mit Nothilfezahlungen des Bundes in letzter Minute vor der Schließung teurer Fachbereiche gerettet werden. Unterfinanziert war die mit großen Worten angekündigte Bologna-Reform von Anfang an. Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat es gleich gesagt: „Ohne zusätzliche Mittel geht es nicht.“ Doch niemand fühlte sich angesprochen.

In diesem Macht- und Finanzvakuum, das nach der Föderalismusreform die deutschen Universitäten umgab, war der Geist von McKinsey plötzlich sehr will-

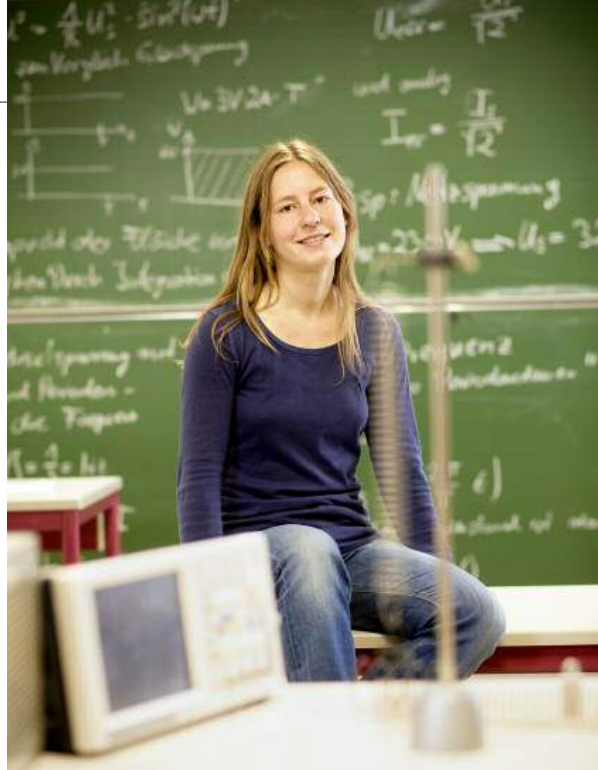
kommen. Viele Länder gaben ihre teure, neuerrungene Verantwortung zum guten Teil an die Wirtschaft weiter. Vorgemacht hat das der Düsseldorfer Liberale Pinkwart, der mit allein 14 mittelmäßigen Universitäten und 16 Fachhochschulen tatsächlich die Hauptlast der Bildungsfinanzierung bewältigen muss: Er setzte im Landtag ein „Hochschulfreiheitsgesetz“ durch, das den staatlichen Anstalten auferlegte, sich die fehlenden Gelder etwa durch Kooperationsverträge mit Wirtschaftsunternehmen zu besorgen. Denn: „Hochschulen sind zwar keine Unternehmen, müssen aber weit unternehmerischer geführt werden als bisher.“

Das sieht nicht nur Pinkwart so. Zahlreiche Unis in Deutschland wurden auf diese Weise aus der Finanzverantwortung der Länderministerien befreit: „Die deutsche Wirtschaft ist dabei, ihren Einfluss auf die Hochschulen massiv auszuweiten“, meldete das „Handelsblatt“. Überall wurden gesetzlich teilweise extern besetzte „Hochschulräte“ eingesetzt, oft mit weitreichenden Kompetenzen bis hin zur Wahl des Uni-Präsidenten. An Paula Reicherts Uni sitzt beispielsweise Nikolaus von Bomhard, der Chef der Munich Re, im Hochschulrat, nebenan an der TU ist es BMW-Chef Norbert Reithofer. Über die Uni Karlsruhe hält Daimler-Chef Dieter Zetsche seine Hand.

Doch an den Unis wächst die Wut darüber, dass sich Länder ihre so trotzig erungene Macht über die höhere Bildung auf diese Weise veruntreuen: „Ohne universitäre Sachkompetenz“ mischten sich Externe in Forschung und Lehre ein, zürnten die Rechtsprofessoren der Frankfurter Goethe-Universität. Und der Hamburger Kollege Michael Köhler hat Verfassungsbeschwerden erhoben, weil er durch die Auslieferung der Uni an die Wirtschaft die grundrechtlich garantierte Wissenschaftsfreiheit verletzt sieht.

Die prekäre Lage der Bildung wurde von den Ländern noch mutwillig verschärft, indem sie bei der Föderalismusreform ein finanzielles Kooperationsverbot mit dem Bund ins Grundgesetz aufnehmen ließen: Ein bildungspolitischer „crash“ (Schavan).

Weil dieser verfassungsrechtlich eher lächerliche Föderalismus nicht durchzuhalten war, einigten sich Bund und Länder alsbald darauf, das mühsam in die Verfassung geboxte Spenderverbot ein bisschen zu umgehen: Im „Hochschulpakt“ verpflichtet sich der Bund, den Län-



Physikabsolventin Reichert: „Ich will aber nicht“

dern befristete Zuschüsse zur Vermehrung der Studienplätze zu geben. Nun haben sich die Länder in Berlin eine Verlängerung der Zahlungen erbettelt.

Vollends in Verlegenheit hat Kanzlerin Merkel die 16 Inhaber der bildungspolitischen „Kernkompetenz“ (KMK) auf dem Bund-Länder-Bildungsgipfel 2008 gebracht. Eigentlich gibt es auf einem solchen Gipfel mangels Bundeskompetenz nichts zu besprechen, aber die Kanzlerin machte ein Angebot, das die Länder nicht ablehnen konnten: Bis zum Jahr 2015 sollten alle in einer gemeinsamen Kraftanstrengung den Anteil der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigern.

Dagegen war kaum anzugehen: Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung sind in den vergangenen Jahren deutlich unterproportional zum Anstieg des BIP gewachsen, der Anteil lag 2008 bei 8,6 Prozent. Allein bei den öffentlichen Bildungsausgaben lag Deutschland 2007 sogar nur bei 4,5 Prozent – ganz weit hinten.

Seit dem Herbst 2008 arbeitet eine von Bund und Ländern beschickte „Strategiegruppe“ daran, die Zahlungskonditionen auszuhandeln. Im Gespräch ist eine Summe von 13 bis 16 Milliarden Euro. Hessens Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) zum Beispiel steht aber auf dem Standpunkt, ihr Land müsse gar nichts mehr beitragen: „Unser Finanzminister sagt, Hessen hat das Zehn-Prozent-Ziel längst erreicht.“

Zerstritten ist die Kommission allerdings weniger wegen der eigensinnigen Rechner in der Provinz als wegen einer Grundsatzfrage, die der Münchner Amtschef Erhard so beschreibt: „Der Bund ist gern bereit, Geld zu geben,

aber er will sich dabei fotografieren lassen.“

So sehen das die Länder: Wenn der Bund den 16 Inhabern der Bildungshoheit etwas Gutes tun will, soll er nicht so viel Wind machen, sondern einfach den Anteil der Länder am gemeinsamen Umsatzsteuertopf erhöhen – die Minister wüssten dann schon, wie sie mit dem Geld umzugehen haben.

Natürlich lehnt die Kanzlerin so etwas rundweg ab: Wenn überhaupt Geld fließen kann, so macht der Bund deutlich, dann nur zweckgebunden für Landesprojekte, die sich auch auf Bundesebene politisch verkaufen lassen.

Auf keinen Fall, sagt etwa der Schweriner Minister für Bildung und Wissenschaft Henry Tesch (CDU), könne man sich auf so etwas einlassen: Die „Kofinanzierung“ konkreter Bildungsmaßnahmen durch Bund und Länder „bindet zu viele Mittel im Landeshaushalt“, da bleibt den Ländern ja kaum noch eigener Handlungsspielraum. Auch Teschs SPD-Kollegin Ahnen in Mainz sieht in solch zweckgebundenen und befristeten Dreingaben des Bundes „auf Dauer keine Lösung“.

Als die Föderalismusreformkommission 2007 darüber diskutierte, die komplizierte deutsche Finanzverfassung zu vereinfachen, warnte der Kommissionsberater und Verfassungsrechtler Joachim Wieland davor, den Ländern Kompetenzen für die Bildung „ohne aufgabengerechte Finanzausstattung“ zu geben. Doch die Warnung blieb ungehört.

Dabei ist die Abschottung der Schul- und Universitätspolitik von den staatlichen Finanzquellen ein deutsches Unikum. In keiner anderen Föderation der Welt, so ergab eine vergleichende Untersuchung des hannoverschen Föderalismusexperten Hans-Peter Schneider, haben die Gliedstaaten „weniger Einfluss auf die Gestaltung des Steuerrechts und der Steuerverteilung als in Deutschland“.

Wie es anders gehen könnte, das will in der Mega-Föderation USA jetzt Präsident Barack Obama zeigen: Weil von einigen Bundesstaaten die pädagogische Post-Pisa-Wende bisweilen ebenso zögerlich umgesetzt wird wie in Deutschland, will er von oben herab die Umsetzung der nationalen Bildungsvorgabe an den Schulen mit finanziellen Belohnungen für jene Staaten, deren Schulen gute Ergebnisse bringen. Umgekehrt bekommen die Verliererstaaten Strafabzüge. Wettbewerbsföderalismus auf Amerikanisch.

Für den Verfassungsexperten Wieland ist klar, „dass an einer verstärkten Finanzierung der Bildungsaufgaben durch den Bund“ auch in Deutschland „kein Weg“ vorbeiführe. Denn die Alternative, den Ländern eigene ergiebige Finanzquellen mit einem eigenen Steuererhebungsrecht zu erschließen, wurde schon in der Föderalismuskommission von der Mehrheit der

Länder abgelehnt: Das könnte, so die Befürchtung, wegen der unterschiedlichen Finanzkraft zu einem ruinösen Wettbewerb im Bundesstaat führen.

Gerade in den armen östlichen Bundesländern hat darum ein Nachdenken eingesetzt, notfalls per erneuter Verfassungsänderung Kompetenzen gegen Geld an den Bund zu geben. Mecklenburg-Vorpommerns SPD/CDU-Regierung verweist gern darauf, dass das strukturschwache Land schon 2006 bei der Föderalismusreform im Bundesrat gegen die Übernahme exklusiver Bildungskompetenzen gestimmt habe. Heute wäre es wohl die Mehrheit der Länder.

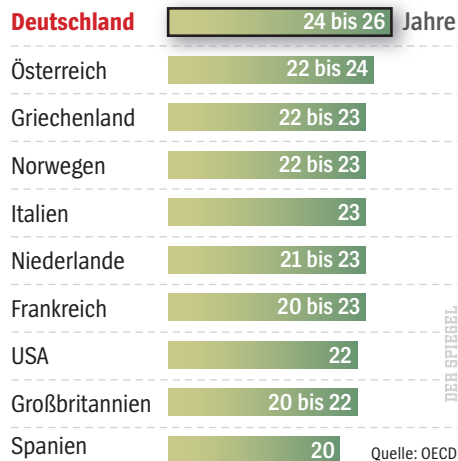
Und der derzeitige Schweriner Bildungsminister Tesch ist, bei allem Misstrauen gegen Bundeszuschüsse, „bereit, Kompetenzen abzugeben, wenn es den Ländern hilft. Man muss nur sehr genau sehen, wie das gehen soll“. Bis dahin verschanzt sich der erfahrene Pragmatiker hinter diplomatischen Formeln: „Schreiben Sie: Bund und Länder können gemeinsam mehr.“

Ist die Bildungsrepublik Deutschland noch zu retten?

„Humboldt neu denken“, fordert Bundesbildungsministerin Schavan. Vielleicht würde es ja reichen, die alten Lehren zu beherzigen. War es nicht der preußische Reformator, der mit nichts als einer Bil-

Später Abschluss

Abschlussalter von Hochschulabsolventen 2007



dungsidee in der Hand der rückständigen Militärmacht in Berlin den Weg in die Industrialisierung, zu Wohlstand und Macht öffnete?

„Was ist einer Gesellschaft wichtig?“. Das sei die Gretchenfrage, sagt der Kulturpolitiker Nida-Rümelin. Welchen Stellenwert eine Gesellschaft der Bildung einräumen will, könne nicht in München und nicht in Erfurt, das müsse national entschieden werden.

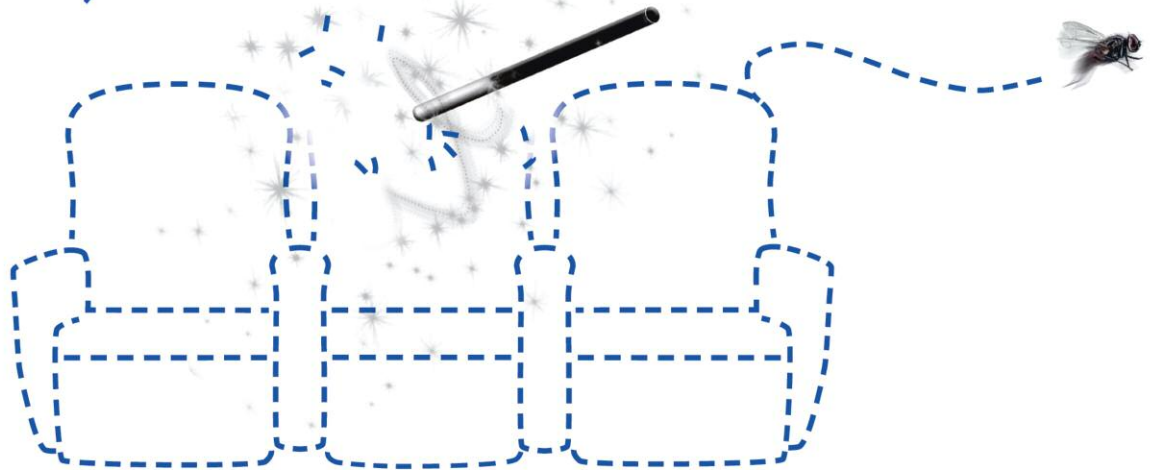
Humboldt nach Berlin: Weil der Alte es geschafft hat, die Bildung in Preußen zur Chefsache zu machen, zur königlichen Staatsangelegenheit, konnte seine Bildungsidee zum Welterfolg werden. Nichts anderes sollte für die Bildung in der Bundesrepublik gelten, die nach dem Krieg – zum Glück – nur dieses eine von den Preußen übernehmen konnte: Den Geist der humboldtschen Bildungsidee, die Bildung nicht dem Gemeinwohl unterwarf, sondern selbst zum Gemeinwohl, zum Selbstzweck erhob. Der Bund als Nachfolger der Preussischen Bildungsnation, vergleichsweise mächtig und vergleichsweise reich, muss die Verantwortung für die Bildung und deren Finanzierung übernehmen.

Humboldt reloaded – es könnte ein erneuter Welterfolg werden. Die Idee stammt weder von der KMK noch von der Bundesbildungsministerin, sie kommt von weit her.

Liu Xiaofeng heißt der Mann, ein einflussreicher Pekinger Bildungspolitiker. Er hat kürzlich vorgeschlagen, im roten Reich Latein und Altgriechisch zu unterrichten – ganz im Geiste Humboldts. Homer, Platon, Caesar und Cicero, alles soll drankommen. Nur wer die geistigen Wurzeln des Abendlands begreift, so legt der Professor nahe, kann es überholen.

Die Deutschen sollten Humboldt beherzigen, bevor es andere tun. ♦

Eins, zwei, frei.



Die Premium Economy Class. **99**
Freier Mittelsitz, extra viel Platz. Schon ab €

Neu: ab sofort auf Kurz- & Mittelstrecken.

One-way Komplettpreis inkl. Service und Meilen.

Wir lieben Fliegen.

Bei Condor beginnen die Ferien schon im Flieger. Mit mehr Beinfreiheit auf Langstrecken. Oder auf Kurz- & Mittelstrecken dank freiem Mittelsitz. Entspanntes Buchen? www.condor.com, 01805-767 757 (0,14 €/Minute aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Minute) oder in Ihrem Reisebüro.



Condor

www.condor.com